

Momentum Kongress 2019: Widerspruch

Kulturpolitik im Spannungsverhältnis von Staat und Markt

Michael Wimmer/ 02.04.2019

In Österreich wurde Kulturpolitik die längste Zeit als Ausdruck staatlichen Handelns verhandelt. Vor allem in Gestalt mannigfacher staatlicher Förderungen sollte der Staat den Betrieb und die Weiterentwicklung des Kunst- und Kulturbetriebes sicherstellen. Es wurde als unverbrüchliche staatliche Aufgabe angesehen, den „Schutz und die Unterstützung künstlerischer und kultureller Aktivitäten durch deren Förderung, die Sicherung ihrer infrastrukturellen Grundlagen, die Schaffung kulturfreundlicher Rahmenbedingungen sowie die Herstellung der Voraussetzungen, dass möglichst viele Menschen an kulturellen Aktivitäten teilhaben können“ (Bernd Wagner) sicher zu stellen.

In den letzten Jahren wurde dieser Primat des Staates, den Kunst- und Kultursektor mit öffentlichen Mittel zu sichern und zu steuern, steht zunehmend in Frage gestellt. Während es den politischen Kräften immer weniger gelang, eine glaubwürdige Konzeption kulturpolitischen Handelns zu entwerfen, lieferten sie weite Teile des Kunst- und Kulturbetriebs der Logik des Marktes aus. Das Ergebnis zeigt sich in einer zunehmenden Ökonomisierung der staatlichen Kunst- und Kultureinrichtungen, die sich den Vorgaben einer „wertorientierten Marktkorrektur“ (Kurt Blaukopf) immer weniger verpflichtet wissen. Während private Sammler, Stifter oder Mäzene als neue kulturpolitische Akteure auftreten, verschieben sich die Qualitätsvorstellungen in Richtung quantitativer Größenordnungen (Effizienz, Quote, Drittmittel,...), ohne dass diesen staatlicherseits noch einmal stärker politischen Inhalten verpflichteten Kriterien entgegengestellt würden.

Eine positive Konsequenz dieser schleichenden „Entstaatlichung“ kulturpolitischen Handelns besteht in einer stärkeren Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die kulturpolitische Entscheidungsfindung. Modelle von „Cultural Governance“ ermöglichen es nichtstaatlichen, aber auch nichtkommerziellen Interessensträger*innen, an kulturpolitischen Entscheidungsprozessen mitzuwirken und diese in ihrem Sinn zu beeinflussen.

Diese Entwicklung kann als eine neue Phase einer „Demokratisierung von Kultur“ interpretiert werden, wären da nicht erhebliche Gegenkräfte am Werk: Wenn eine „Neue Kulturpolitik“ seit den 1970er Jahren über die engen Grenzen des Kunst- und Kulturbetriebs für einen kleinen und überschaubaren Teil der Gesellschaft hinauswirken wollte, so zeigen sich heute die Grenzen aller Ambitionen, mit Hilfe von Kunst und Kultur die sozialen Verhältnisse nachhaltig zu verbessern („Kulturpolitik als Fortsetzung von Sozialpolitik“). Staatlicherseits erwartet wurde in dieser Phase eine Umverteilung nicht nur von materiellen sondern auch immateriellen (kulturellen) Ressourcen, um damit die Lebensqualität von immer mehr Menschen zu steigern („Vermittelständigung“). Mit dem schleichenden Abbau des Wohlfahrtsstaates verabschiedeten sich die Hoffnungen, durch Maßnahmen der „kulturellen Partizipation“ politischen Ambitionen einer gerechteren Gesellschaft zuarbeiten zu können.

Das betrifft auch alle Zuschreibungen einer Kulturpolitik als Gesellschaftspolitik, die es mit staatlichen Mitteln zu gestalten gälte. Dabei wurde Kulturpolitik als eine Art Metapolitik verhandelt, die es erlauben sollte, mit Hilfe von Kunst und Kultur in möglichst allen Politikfeldern (Bildung, Medien, Soziales, Gesundheit,...) eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensverhältnisse der Menschen zu erreichen. Es ging nicht mehr und nicht weniger

als um die Erringung einer linken kulturellen Hegemonie, die Kunst und Kultur einen zentralen Platz möglichst allen Politikfeldern einräumen wollte.

Heute zeigen sich die Schattenseiten diesbezüglicher Hypertrophien, wenn innerhalb der neuen Konturen rechter kultureller Hegemonieansprüche einerseits die gesellschaftliche Bedeutung von Kunst immer weiter schwindet und andererseits die Intentionen der aktuellen neokonservativ-rechtsradikalen Bundesregierung darauf hinauslaufen, auch Kulturpolitik auf die Mühlen ihrer Agitation zur weiteren Verungleichung und Spaltung der Gesellschaft zu lenken, ohne dass dadurch noch einmal ein überzeugendes politisches Gegenkonzept entstünde.

Der Beitrag untersucht die Schwerpunkte der aktuellen staatlichen Kulturpolitik und setzt sie anhand ausgewählter Maßnahmen (Förderpraktiken, Urheberrecht, Kulturelle Bildung, ...) ins Verhältnis zu den übrigen Akteuren (Verbände, Markt, Zivilgesellschaft,...) und ihren jeweiligen

Widerspruchsverhältnissen. In einem solchen Versuch der politischen Rekontextualisierung staatlicher Kulturpolitik könnten sich Optionen für eine perspektivische Weiterentwicklung ergeben.